

Gedanken zum 17. Juni 1953 nach 30 Jahren Deutscher Einheit

Heidi Roth

1 Heidi Roth: Der 17. Juni 1953 im damaligen Bezirk Leipzig. Aus den Akten des PDS-Archivs, in: Deutschlandarchiv, Juni 1991, S. 573.

Anlässlich des 30. Jahrestages der deutschen Einheit gehen die Gedanken zurück in die Geschichte der deutschen Teilung und der 40-jährigen Zweistaatlichkeit. In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf: War die deutsche Einheit nicht eher zu erreichen und wollten die Deutschen in Ost und West die Wiedervereinigung nicht schon früher?

Der Volksaufstand vom Juni 1953 könnte darauf eine Antwort geben. Das wurde mir bereits 1989/90 deutlich. Meine erste Publikation über den 17. Juni 1953, damals noch ganz am Anfang meiner Forschungsarbeit stehend, beginnt mit dem Satz: „Wer die vielfältigen historischen Wurzeln der friedlichen Revolution 1989 analysieren will, kommt um den 17. Juni 1953 nicht herum.“¹ Haben die DDR-Bürger mit ihren Protesten im Herbst 1989 das verwirklicht, was die Aufständischen im Juni 1953 erreichen wollten und damals nicht möglich war?

Besonders die Diskussionen um die nationale Orientierung des 17. Juni 1953 waren noch lange nach der Erringung der deutschen Einheit kontrovers. Doch zweifellos wäre allein schon durch die Kombination der Forderung nach freien Wahlen und nach der deutschen Einheit in den Forderungskatalogen der Aufständischen die Wiedervereinigung als Ergebnis eines demokratischen Willensbildungsprozesses präjudiziert gewesen.

1953 wollten die Deutschen in Ost und West mehrheitlich die Wiedervereinigung, mögen die Motive, die Ziele und die vorgeschlagenen Wege zur Vereinigung und die Vorstellungen über die Perspektiven dieses einheitlichen Deutschlands recht unterschiedlich gewesen sein. In den Betrieben, auf den Straßen und Plätzen der DDR – oftmals vom Gesang der dritten Strophe des Deutschlandliedes unterstützt – waren überall und wie selbstverständlich Forderungen nach Überwindung der Spaltung zu hören. Die Zweistaatlichkeit war Anfang der 1950er Jahre im Denken und Fühlen der Menschen noch keine akzeptierbare Realität, sondern ein vorübergehendes und unakzeptables Ergebnis des Zweiten Weltkriegs und der Besetzung Deutschlands. Selbst die SED-Führung proklamierte in den 1950er Jahren die nationale Einheit als Ziel, wobei sie auf ein sozialistisches Deutschland orientierte.

Hinter ein- und derselben Forderung konnten damals freilich sehr unterschiedliche Ziele und Absichten stehen. Es gibt kaum Belege, wie sich die Aufständischen 1953 dieses vereinte Deutschland vorstellten oder welche Regierung sie favorisierten. Konsens bestand aber darüber: Eine neue Regierung des vereinten Deutschlands sollte aus freien Wahlen in ganz Deutschland hervorgehen und die demokratischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten nicht nur in der Verfassung deklarieren, sondern sie tatsächlich gewährleisten. Das beinhaltete per se die Ablehnung jeglicher Diktatur. „Wir wollen freie Menschen sein“, „Wir wollen nicht mehr Sklaven sein, Kollegen reiht Euch ein!“ lauteten die Losungen der Aufständischen im Juni 1953.

Doch angesichts der historischen Bedingungen, des internationalen Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Lagern zu Beginn der 1950er Jahre ist die Frage nach den Erfolgsaussichten der Herstellung der Einheit mit Nein zu beantworten. Anders als im Herbst 1989, als die Reformbewegungen in den sozialistischen Nachbarstaaten, voran in Polen und Ungarn, als Folge von Glasnost und Perestroika die Chancen auf eine friedliche Revolution ermöglichten und die sowjetischen Panzer in den Kasernen blieben, rettete der Einsatz der sowjetischen Truppen im Sommer 1953 die Herrschaft der SED.

Die Enttäuschung der Ostdeutschen über die ausbleibende Unterstützung in ihrem Kampf um demokratische Verhältnisse durch die Bundesregierung war riesengroß, zumal Bundeskanzler Konrad Adenauer ständig die Verbundenheit und Solidarität mit den „Brüdern und Schwestern“ im Osten versichert hatte. Abgesehen davon, dass eine militärische Unterstützung der Aufständischen durch die Bundesrepublik bzw. die Westmächte zu einer Konfrontation der beiden Lager geführt hätte, favorisierte Adenauer Anfang der 1950er Jahre das Konzept „Freiheit vor Einheit“. Der Volksaufstand des 17. Juni 1953 trug dann auch wesentlich dazu bei, dass die Bundestagswahlen im September 1953 so eindeutig zugunsten der CDU ausfielen und damit Adenauers Integrations- und Deutschlandpolitik von einer Mehrheit von Wählern bestätigt wurde.

1993 verwies Ilse Spittmann, eine profunde westdeutsche Kennerin der DDR-Geschichte, darauf,

„dass mit dem Scheitern des Aufstands und mit der Erfahrung des Alleingelassenseins der Aufständischen in der DDR das Auseinanderleben der Deutschen seinen Anfang nahm. Während Westdeutschland auf das Wirtschaftswunder zuschritt und seine Bürger sich mit Neckermann die westliche Welt erschlossen, mussten die Ostdeutschen lernen, sich in der DDR einzurichten. Anpassung oder Flucht lautete von nun an die Perspektive“²

In der historischen Retrospektive hat die Friedliche Revolution im Herbst 1989 vollendet, was im Sommer 1953 einen revolutionären Anfang genommen hatte, jedoch mit Waffengewalt durch sowjetische Truppen und DDR-Polizeigewalt unterdrückt wurde.

Der 17. Juni 1953 in Sachsen³

Ein Brennpunkt des Aufstandes war Sachsen, eine alte Industrieregion mit einer traditionell starken Arbeiterbewegung. Zu den Schwerpunkten zählten Görlitz und Leipzig. In beiden Städten waren an diesem 17. Juni jeweils 30.000 bis 40.000 Menschen unterwegs, um gegen Sozialabbau, militärische Aufrüstung, politische Repressionen und die SED-Diktatur zu protestieren.⁴

In beiden Städten legten die Belegschaften der wichtigsten Industriebetriebe bereits zu Beginn der Frühschicht die Arbeit nieder und zogen in die Innenstädte, um die Proteste in die Öffentlichkeit zu tragen. In Leipzig beteiligten sich 81 Betriebe mit fast 27.000 Arbeitern und Angestellten, darunter auch alle SAG-Betriebe⁵ und die Bauarbeiter aller innerstädtischen Baustellen. In Görlitz legten fast alle Betriebe die Arbeit nieder. Während sich in Görlitz der überwiegende Teil der Streikenden an der anschließenden Demonstration

und der machtvollen Kundgebung rund um das Rathaus beteiligte, kam in Leipzig keine derart zentrale Kundgebung zustande, die das weitere Vorgehen hätte koordinieren können.

In beiden Städten wurden von Anfang an soziale und politische Forderungen gestellt, tauchten Plakate auf, die u. a. „Butter statt Kanonen“, „Rücktritt der Regierung“ oder „Weg mit Ulbricht“ forderten. In Leipzig fuhr am Vormittag Straßenbahnen mit der Losung „Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht des Volkes Wille“, „Wir wollen freie Wahlen“, „Nieder mit der Regierung“ durch die Innenstadt, ohne dass die Volkspolizei zunächst einschritt.

Die Leipziger waren im Frühsommer 1953 besonders wütend auf Walter Ulbricht, ihren „Sohn der Stadt“, der seinen 60. Geburtstag am 30. Juni 1953 drei Tage mit „seinen Leipziguern“ feiern wollte. Seit Wochen bereitete sich Leipzig auf dieses Ereignis vor. Anlässlich dieser Jubelfeier sollte er auch zum Ehrenbürger der Stadt ernannt und der Luther-Ring in Ulbricht-Ring umbenannt werden. Für die Festlichkeiten hatten die Stadtverordneten zusätzliche Finanzmittel genehmigt – und das just an dem Tag, als sie Einsparungen bei Sozialleistungen beschlossen hatten. Auch die Normenerhöhungen um 10 bis 30 Prozent, die bei 90 Prozent der nach Normen Arbeitenden zu Lohninbußen führten, sollten zu Ehren des Jubilars bis zum 30. Juni umgesetzt werden.

Der weitere Verlauf des Tages unterschied sich im Vergleich beider Städte wesentlich. Die Mehrzahl der Görlitzer Streikenden zog in die Innenstadt auf den Obermarkt (damals Leninplatz), um den Protest in die Öffentlichkeit zu tragen und an einer improvisierten Kundgebung vor dem Rathausplatz teilzunehmen. Im Dialog zwischen Kundgebungsteilnehmern und einem überbe-

2 Ilse Spittmann: Zum 40. Jahrestag des 17. Juni, in: Deutschlandarchiv 6/1993, S. 636.

3 Das Land Sachsen wurde 1952 abgeschafft und durch die Bezirke Dresden, Leipzig und Chemnitz (ab Mai 1953 Karl-Marx-Stadt) ersetzt.

4 Zu den Ereignissen vgl. Heidi Roth: Der 17. Juni 1953 in Sachsen, Köln/Weimar/Wien 1999; Heidi Roth: Der 17. Juni 1953 in Görlitz, Bautzen 2003.

5 Das waren Betriebe, die bis Juni 1953 im Eigentum der Sowjetunion waren und danach in DDR-Volkseigentum übergingen, mit einer Ausnahme, der SDAG Wismut.



Demonstration auf dem Obermarkt (damals Leninplatz) in Görlitz am 17. Juni 1953
Robert-Havemann-Gesellschaft

6 Nach bisherigen Erkenntnissen liegt aus keiner anderen Stadt eine solche authentische Quelle vor, die das Geschehen auf einen öffentlichen Platz, vor allem das schrittweise Zustandekommen einer zielgerichteten politischen Bewegung, den Dialog zwischen Versammlungsleitung und -teilnehmern zur Festlegung der nächsten Schritte nacherleben lässt. Vgl. Roth 2003 (wie Anm. 4), S. 54-65.

trieblich gebildeten Streikkomitee, das später als Stadtkomitee fungierte, erfolgte die Koordinierung der weiteren Aktionen. In Leipzig kam eine solche koordinierte Aktion nicht zustande.

In Görlitz war die Machtfrage nach wenigen Stunden beantwortet. Das überbetriebliche Streikkomitee, bestehend aus Arbeitern der LOWA und anderer Betriebe, übernahm die Regie. Sie betraute den Architekten Otto Cammentz mit der Leitung der Kundgebung. Zunächst wurde der Stadtfunk beschlagnahmt, um die Reden in die angrenzenden Straßen zu übertragen. Die Kundgebung dauerte knapp zwei Stunden bis kurz vor 13.00 Uhr. Ein überliefertes Tonbandprotokoll, nach der Niederschlagung der Proteste von der Stasi beschlagnahmt, zeigt, wie sich die spontane Kundgebung zu einer politischen Manifestation gegen die SED-Herrschaft und für die Einheit Deutschlands entwickelte.⁶ Nach Jahren der Diktatur wollten sie, wie Redner betonten, „freie deutsche Bürger“ sein. Mehrmals wurde die dritte Strophe des Deutschlandlieds gesungen. „Einigkeit und Recht und Freiheit“ war ihre Devise!

Einzigartig waren auch Tempo und Umfang, mit denen die Görlitzer gegen Stätten bzw. Symbole der SED-Herrschaft vorgingen. Innerhalb weniger Stunden, zwischen 11.30 und 14.00 Uhr, besetzten sie die FDJ- und SED-Kreisleitung, das Gewerkschaftshaus, Lokale der Nationalen Front, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, die Kreisregistrierstelle der Kasernierten Volkspolizei, das Kreisgericht, das HO-Warenhaus, die Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit, zwei Haftanstalten mit der Befreiung aller Häftlinge, die Redaktion der „Sächsischen Zeitung“ und das Rathaus. Sie setzten den SED-Oberbürgermeister Willi Ehrlich ab, forderten von ihm Rechenschaft und zwangen ihn, einen Zettel zu unterschreiben, der die Freilassung der politischen Häftlinge anordnete. Beschlossen wurde weiterhin die Fortsetzung der Streiks sowie die Aufstellung einer unbewaffneten Polizeitruppe, um Ruhe und Ordnung zu sichern sowie Plünderungen zu verhindern. Das 20-köpfige Stadtkomitee, eine Art revolutionäres Exekutivorgan, verstand sich als provisorische bürgerliche-demokratische Stadtverwaltung. Alle Bevölkerungsschichten waren hier vertreten, vom LOWA-Schlosser bis zum Arzt.

Auch die weitestgehend gewaltlosen Aktionen sind hervorzuheben. Dabei fällt auf, dass die gestürzten Einrichtungen kaum beschädigt wurden, abgesehen von der Zerstörung von Symbolen der SED-Herrschaft, wie Losungen, Transparente und Agitationsmaterial. Im Gefängnis mussten die Zellentüren aufgebrochen werden, weil die dortigen Justizangestellten die Herausgabe der Schlüssel verweigerten. So kam es dazu, dass neben den Politischen auch Kriminelle freikamen. Das wurde später von der SED-Propa-

ganda benutzt, um den Aufstand als „faschistischen Putsch“ zu diffamieren. Glücklicherweise wurde der Schießbefehl, der von der vorgesetzten Polizei-Behörde aus Dresden ausgesprochen worden war, von den Görlitzer Justizangestellten nicht befolgt und damit Blutvergießen vermieden.

Dieses überwiegend gewaltlose Vorgehen war auch ein Verdienst der Kundgebungsleitung, die immer wieder zur Ruhe und Besonnenheit aufrief und daran erinnerte, dass die „Ehre der deutschen Arbeiterklasse“ auf dem Spiel stünde. In Leipzig dagegen setzte die Polizei noch vor Verhängung des Ausnahmezustandes Schusswaffen ein, um die Stürmung der Stasi-Untersuchungshaftanstalt zu verhindern. Dabei kam der 19-jährige Dieter Teich ums Leben. Die Rentnerin Elisabeth Bröcker wurde von einer Kugel der Polizei getroffen, als sie vor dem HO-Warenhaus, das Leipziger stürmen wollten, in einen Schusswechsel geriet. Nach der Niederschlagung des Aufstandes rühmten sich der 1. SED-Betriebssekretär Paul Fröhlich und der Chef der Bezirksbehörde der deutschen Volkspolizei, Hans Hugo Winkelmann, den Schießbefehl noch vor Verhängung des Ausnahmezustandes befohlen zu haben.

Wenn man bedenkt, dass dieser 17. Juni 1953 nicht vorbereitet war und innerhalb von weniger Stunden spontan Entscheidungen getroffen und Aktionen koordiniert werden mussten, dann überraschte das Tempo, das damals die Görlitzer unter Führung des Stadtkomitees an den Tag legten. Um die Mittagszeit war die östlichste Stadt der DDR bereits in den Händen der Aufständischen. Gegen 14.30 Uhr – um 14.00 Uhr war der Ausnahmezustand über den Bezirk Dresden und damit auch über Görlitz verhängt worden – waren alle wichtigen öffentlichen Gebäude besetzt und 416 Häftlinge aus dem Frauengefängnis befreit, ohne dass die Machthaber und ihre Sicherheitskräfte größeren Widerstand geleistet hätten. Letztere kapitulierten angesichts der Massenaktionen. Die Stasi-Mitarbeiter stellten auf Geheiß des 1. SED-Sekretärs, den die Demonstranten als Geisel genommen hatten, tatsächlich das Schießen ein und erlaubten einer Abordnung, im Gebäude nach Gefangenen zu suchen. Auch die sowjetische Kommandantur, in unmittelbarer Nähe der Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit, schritt zunächst nicht ein, als das Stasi-Gebäude besetzt wurde.

Das Stadtkomitee verhandelte bis gegen Abend darüber, was für den Folgetag zu organisieren war, u. a. über die Versorgung der Bevölkerung mit Milch und Backwaren, die Öffnung der Geschäfte und Sparkassen. Doch der Sieg über die lokalen Machthaber war nicht von Dauer.

Das SED-Regime schlägt zurück

Die Verhängung des Ausnahmezustandes und der massive Einsatz von Militär rettete die SED-

Herrschaft. Die Bekanntgabe des Ausnahmezustandes, um 14.00 Uhr über den Bezirk Dresden und um 16.00 Uhr über den Bezirk Leipzig, führte jedoch nur selten zur sofortigen Beendigung der Massenproteste. Als in Görlitz der Ausnahmebefehl bekanntgegeben wurde, stand eine Menschenmenge auf dem Obermarkt, um an einer für den Nachmittag angekündigten Kundgebung teilzunehmen.⁷ Tatsächlich sprachen noch einige Görlitzer. Sie teilten u. a. mit, dass die SED aufgelöst, der alte Oberbürgermeister abgelöst und ein neuer eingesetzt worden sei. Unter stürmischen Beifall rief ein ehemaliger Sozialdemokrat zur Neugründung der SPD auf. Er endete mit den Worten: „Es lebe die Revolution von 1953!“ Und erneut stimmten die Versammelten die dritte Strophe des Deutschlandlandes an.

Bereits während dieser Kundgebung war sowjetisches Militär aufgetaucht. Später kamen militärische Einheiten von außerhalb hinzu. Görlitz erlebte an diesem Tage nach Berlin die massivste Truppenkonzentration. Und doch blieb der Stadt ein Blutbad erspart, es gab nur einige Leichtverletzte. Das war zum einen dem umsichtigen Verhalten der Aufständischen zu verdanken, zum anderen der Aufforderung des 1. SED-Kreissekretärs Karl Weichold an die Mitarbeiter der Staatssicherheit, das Schießen einzustellen. So fiel die Bilanz der Niederschlagung des Aufstandes in Görlitz anders aus als in Leipzig.⁸ Für seine Haltung wurde Weichold aus der SED ausgeschlossen. Er rechtfertigte seine Haltung in späteren Vernehmungen vor der Staatssicherheit damit, dass unter den Demonstranten auch Kinder, Jugendliche und Frauen gewesen seien. Er war auch in den Auseinandersetzungen vor der SED-Partei kontrollkommission nicht bereit, von Provokateuren zu sprechen.

In Leipzig-Stadt kamen im Zusammenhang mit dem Aufstand sieben Personen und zwei weitere in Delitzsch zu Tode.⁹

Mit Verhängung des Ausnahmezustandes waren u. a. Streiks und Demonstrationen verboten. Verstöße wurden mit Militärgesetzen bestraft. Trotz derartiger Ankündigungen kam es in Görlitz und Leipzig bis zum 19. bzw. 20. Juni zu „Ansammlungen“ und Streiks.

In Görlitz beendeten die LOWA-Arbeiter die Arbeitsniederlegungen erst dann, als am 19. Juni folgende Durchsage erfolgt war: „Es ist von der Kommandantur der Schießbefehl herausgegeben worden für diejenigen, die die Arbeit nicht wieder aufnehmen, d. h. also gegen die Anstifter in den Betrieben“. Das Ultimatum betrug zehn Minuten. Der schriftliche Befehl enthielt die Anweisung, die Erschießungen auf dem Betriebsgelände vorzunehmen. Danach wurden die öffentlichen Protestaktionen eingestellt.

Doch am selben Tag kam es in Görlitz zu einer bemerkenswerten Zusammenkunft zwischen Bischof Ernst Hornig und den sowjetischen Militärkommandanten Gardeoberst Klepikow.¹⁰ In diesem Gespräch bat der Bischof um das Ver-



Titelbild des Buches „Der 17. Juni 1953“ in Sachsen von Heidi Roth mit Foto einer Demonstration auf dem Dresdner Theaterplatz am 17. Juni 1953, ca. 15.00 Uhr

ständnis des Kommandanten für die Anliegen der aufständischen Bevölkerung und nannte vor allem zwei Gründe für die berechtigten Forderungen, die den wahren Willen der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht hatte: Das Verlangen nach einem besseren Leben und nach gesamtdeutschen Wahlen.

Zeitzeugen berichteten darüber, dass trotz der Niederschlagung des Aufstandes die Görlitzer am und durch die Ereignisse in ihrer Stadt vorübergehend selbstbewusster wurden. Das Erlebnis, gegen einen Staat, der zuvor mit Repressionen auf jegliches widerständiges Verhalten reagiert hatte, aufgestanden zu sein und im ersten Sturm dessen Machtstützen – wie SED, Staatssicherheit und Polizei – genommen zu haben, löste Freude und vielleicht auch Hoffnungen aus. Der damalige Kulturdirektor der LOWA Görlitz bemerkte diesbezüglich: „Noch nie hatte Görlitz in seiner ganzen Geschichte eine solche gewaltige Demonstration gesehen wie an diesem Tage.“ Ein anderer Teilnehmer hoffte darauf, „dass es vielleicht hier doch etwas besser wird, dass die da oben die Lektion verstanden haben“. In Görlitz gab es dann kurzzeitig deutliche soziale Verbesserungen. Gleichzeitig setzte die Verfolgung, Verhaftung und Aburteilung der angeblichen Agenten und Provokateure ein.¹¹

Wir sollten 30 Jahre nach Wiederherstellung der Deutschen Einheit auch an jene Menschen denken, die im Juni 1953 mit ihren Protesten gegen die SED-Herrschaft nicht so viel Glück hatten wie ihre Landsleute im Herbst 1989. Also an jene Menschen, die ihren Wunsch nach Freiheit, Demokratie der nationalen Einheit mit dem Leben bezahlten bzw. zu jahrelangen Zuchthausstrafen verurteilt wurden.

7 Vgl. ausführlich Roth 2003 (wie Anm. 4), S. 92-99.

8 wEs gab allerdings zwei Tode im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953. Alfred Wagenknecht aus Rothenburg/Oberlausitz starb am 21. Juni unter ungeklärten Umständen im Untersuchungsgefängnis in Niesky. Oskar Jurke aus Zodel kam am 6. Juli in einem Gefangenentransporter auf dem Weg nach Dresden zu Tode. Vgl. Edda Ahrberg/Hans-Hermann Hertle/Tobias Hollitzer (Hrsg.): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, Münster 2004, S. 43-49.

9 Ebenda, S. 119-148.

10 Vgl. Roth 2003 (wie Anm. 4), S. 190-194.

11 Vgl. Roth 1999 (wie Anm. 4), S. 483-586.